



Interviews

Datum: 18. August 2024

Vladimir Balzer im Gespräch mit Cathryn Clüver Ashbrook, deutsch-amerikanische Politologin

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Balzer: Das Interview der Woche mit Vladimir Balzer. Im August sind wir hier mit einer Reihe im Programm, die auf die bevorstehende Wahl in den USA schaut aus verschiedenen Blickwinkeln – weltpolitisch, wirtschaftlich, sicherheitspolitisch und aber eben auch gesellschaftlich kulturell. Und das wollen wir tun mit Cathryn Clüver Ashbrook. Sie ist Politikwissenschaftlerin. Sie war viele Jahre, zwölf Jahre nämlich, in Harvard an der renommierten Kennedy School. Außerdem war sie Direktorin der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und ist heute bei der Bertelsmann Stiftung und jetzt hier bei uns im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks, herzlich willkommen.

Clüver Ashbrook: Ja, herzlichen Dank, Herr Balzer. Ich freue mich auf das Gespräch.

Balzer: Bevor wir in die gesellschaftliche Analyse gehen, würde ich Sie gern nach Ihrer persönlichen Beziehung zu den USA fragen. Sie waren ja viele Jahre in Harvard, wie gesagt. Ihre Mutter ist Amerikanerin, Ihr Mann ist Amerikaner. Sie sind mehrmals im Jahr dort. Macht es Ihnen eigentlich auch persönlich Sorgen, wenn Sie die angespannte gesellschaftliche Lage sehen?

Clüver Ashbrook: Ja. Und zwar natürlich nicht erst in diesem Wahlzyklus. Also für mich als Deutsch-Amerikanerin waren die Konsequenzen der Wahl 2016, - die vier Jahre Donald Trump - wirklich schwierig. Und ich habe mich in diesen vier Jahren in den USA wirklich auch hilflos gefühlt. Selbst, wenn ich in einer so exaltierten Rolle war, dass ich viel mit Studenten arbeiten konnte, dass wir viel über Dinge nachdenken konnten, aber faktisch, was konnte man tun, um die eigene Demokratie zu beschützen, zu retten, zu unterstützen als demonstrieren, schreiben, viel auch politisch aktiv zu sein? Aber ich fühlte mich das erste Mal wirklich auch gelähmt in meiner eigenen Situation als Staatsbürgerin in den USA. Und wenn ich mir jetzt anschau, wie mit der Demokratie umgegangen wird in der Rhetorik der MAGA-Republikaner, aber eben auch in der Strategie, die die MAGA-Republikaner an den Tag legen, dann wird meine Sorge im Gegenteil nicht weniger, sondern sie wird sehr, sehr viel akuter.

Balzer: Kann man beobachten, dass die MAGA-, also die Make America Great Again-Republikaner, von Trump sehr stark bestimmt, dass die sich jetzt radikalisiert haben noch einmal im Vergleich zu damals zur Präsidentschaftszeit von Donald Trump?

Clüver Ashbrook: Ja, das haben sie in jedem Fall. Sie sind vor allen Dingen sehr viel strategischer geworden. Sie haben bestimmte Züge ihrer Strategie auch über die letzten Jahre umsetzen können. Wir erinnern uns daran, dass einer der Chefstrategen von Donald Trump, Steve Bannon, zwei große Züge verfolgt hat. Erstens die republikanische Partei in den einzelnen Bundesstaaten von unten herauf auf eine MAGA-Ideologie zu drehen. Das war der erste Ansatz. Das hat nicht in der Fläche geklappt. Michigan ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie sich dann schlussendlich die Partei zerfleischt hat nach innen, jedenfalls die lokale republikanische Partei. Und das andere war, sich in die Kulturkämpfe reinzulehnen, dass man andere politische Gremien ... und in den USA, muss man vielleicht noch mal dazusagen, dass jeder Schuldistrikt, jede Entscheidung über Schulen in einem bestimmten Wohnabschnitt, politisch getroffen wird, von Eltern verschiedener Gremien zusammengesetzt werden. Und die Politisierung an dieser, ja, quasi an der Wurzel des demokratischen Systems, das war eine Strategie, die Steve Bannon stark verfolgt hat. Und da hat es in der Tat funktioniert und hat dazu geführt, dass sich diese Kulturkämpfe nur noch vertieft haben. Und auf der Basis haben sich dann verschiedene Gruppen, jetzt hin zum Wahlkampf über die letzten Jahre zusammengetan und für die Amtsübernahme einer möglichen zweiten Trump-Präsidentschaft Strategien geschrieben, die das erleichtern sollen, was Trump in der ersten Amtszeit nicht geschafft hat, nämlich populistische und demokratiezersetzende ...also den Abbau der Gewaltentrennung, den Abbau von Pressefreiheit, all diese Dinge, die wir generell in der Politologie als Grundsatz des Demokratieverständnisses sehen, dass das strategisch abgebaut werden kann, dass es dafür taktische Marker gibt, und dass das auch mit einer Beschleunigung stattfinden kann. Und das war alles 2016 nicht da. Da stand eine Partei hinter einem Reality Star, der relativ überraschend Nichtwähler für sich und die Partei motiviert hat, die ihm dann quasi blind folgten. Das war ein wahnsinniger Erfolg für die Republikaner, die demografische Probleme hatten, große demografische Probleme. Und das ist jetzt überführt worden in ein Phänomen, was ich für sehr, sehr viel gefährlicher halte.

Balzer: Weil es eben systematischer, langanhaltender und auch mehr lokal verankert ist, sagen Sie, also was das Bildungspolitische angeht? Ist das einer der Kernpunkte auch eines Kulturkampfes?

Clüver Ashbrook: Ja, es kommen eben auch viele Elemente dazu, die auch was mit der Entwicklung in der amerikanischen Gesellschaft zu tun haben. Also, dieser Ansatz eben School Boards nach bestimmten ideologischen Vorgaben zu politisieren, Elterngruppen da reinzubringen, die, das haben wir in Florida gesehen, in vielen anderen Bundesländern, sich dafür einsetzen, dass bestimmte Bücher nicht mehr gelesen werden können, dass bestimmte Gesellschaftsmodelle nicht mehr im Unterricht verfolgt werden.

Balzer: Da geht es um Familienbilder, da geht es um Umgang mit der Geschichte des Rassismus in den USA.

Clüver Ashbrook: Genau, all diese Dinge. Auf der anderen Seite sehen wir aber seit 2019 und dann in der Pandemie-Zeit, aber weit darüber hinaus ein Anwachsen, eine Verdreifachung des sogenannten Home Schoolings, ... in den USA gibt es keine Schulpflicht. Und wenn wir darüber nachdenken: wie erlebt man Demokratie, nämlich das Konsens-Finden, das Sich-abarbeiten an Konflikten, das Verhandeln miteinander, das Akzeptieren von anderen Meinungen, anderen Menschen, so viel davon findet in der Schule, in einer flächendeckenden Schulbildung, in einer öffentlichen Schule statt. Für Donald Trumps Ambitionen, für seine Bewegung hilft das gerade sehr, zumindest diese Bewegung zusammenzuschweißen.

Balzer: Aber es muss ja offenbar auf einen fruchtbaren Boden stoßen. Es muss ja Menschen in dieser US-Gesellschaft geben, die genau diese Entwicklung gut finden - die eine Rückkehr zu traditionellen, vielleicht sogar vormodernen Familienbildern bevorzugen, die bestimmte Teile der US-Geschichte ausblenden wollen, die einfach ein anderes Bild von diesem Land haben. Die gab es natürlich schon immer, aber die artikulieren sich offenbar stärker. Also das sind ja offenbar auch Identitätskämpfe. „Als wen sehe ich mich eigentlich? Was ist amerikanisch? Was ist unamerikanisch? Was macht diese Gesellschaft eigentlich aus?“ Das scheint ja schon, ja, Wiederhall zu finden, was die MAGA-Republikaner da tun.

Clüver Ashbrook: Ja, absolut. Das sind ja grundsätzliche Fragen des Verständnisses von Amerika. Und was wir jetzt noch mal über die letzten Wochen gesehen haben, auch im republikanischen ... in den Wahlkampfveranstaltungen vor dem Parteitag, aber auf dem Parteitag noch mal gehört haben, war das auf einmal – und das fand ich einen ganz interessanten Zungenschlag diverser Sprecher dort, aber eben auch des möglichen Vizepräsidenten, die Amerika zunehmend als Nation bezeichnen. Und das ist insofern interessant, weil die Gründungsväter der USA und im großen Ganzen Amerika immer eher als Idee bezeichnet wurde. Auch als Biden seinen Rückzug von der Kandidatur angekündigt hat, hat er immer wieder betont, Amerika sei eine Idee. Und das eben im Gegenzug von dieser Idee von Amerika als Nation,

weil das die Gründungsväter wollten. Und noch mal, natürlich ging es da um Wahlrecht nur für Landbesitzer usw., usf., aber sie haben ein Wahlrecht gebaut, was bestimmte Kontrollfunktionen inhärent hatte und was grundsätzlich sich absetzen musste von den Kontrollfunktionen, von der Kopplung Kirche und Staat, was sie eben in England als unglaublich unterdrückend empfanden, dieser Bruch, dieses neue von der Kolonialmacht befreite Land im Aufbruch. Die Verfassungsväter hatten prinzipiell diese Ideen der Erweiterung und der Individualrechte ganz stark. Das sind die Grundzüge des amerikanischen Liberalismus, ja, im Sinne von individueller Freiheit. Und diese individuelle Freiheit soll sich dann fügen – das steht auf jedem Dollarschein drauf – „Aus Vielen Eins“. Und dass Amerika eine Idee ist, die immer weitergeht und sich immer entwickelt, auch demografisch, das ist jetzt. Jetzt sehen wir einen ganz, ganz starken Bruch. Der ist aber in der Kontinuität zu sehen bestimmter Strömungen, die auf beiden Seiten übrigens in den verschiedenen Parteien immer zu unterschiedlichen Zeiten eine Zugwirkung entwickelt haben, nämlich eher das Exklusive. Also immer wieder wurden in der Geschichte Amerikas bestimmte Gruppen, auch natürlich durch die Migrationsgeschichte, verunglimpft. Sie wurden als anders gesehen. Und jetzt sehen wir eine ganz interessante Entwicklung. Wenn es früher auf die Katholiken ging, auf die irischen Migranten, auf die italienischen Migranten, die sind inzwischen alle weiß im Verständnis vieler. Und in diesen Verschiebungen, die demografische Realität haben ... die USA wird in kürzester Zeit ein Mehrheits-Minderheitsland sein. In der Generation unter 30 ist sie es schon. Und die Bedrohung, die für viele aus diesem Narrativ ausgeht – wir sind bald in der Unterzahl, wir Weißen, aber auch die ganze Gruppe oder die Definition von „weiß“ hat sich verändert. In einem politischen Kontext, in dem diese Spaltungen helfen, politische Macht zu zementieren, sind es genau diese Dinge. Und das wissen wir seit der Anfangsgeschichte des Populismus, dass man sich in solche Spaltungsdynamiken, die vielleicht existieren, aber nicht zu Spaltungen führen müssen, dann reinlehnen sollte, wenn man daraus Machtpolitik machen möchte. Und das sind eben diese Bewegungen, die wir zunehmend sehen. Und die Gruppe, die sich 2016 besonders von Donald Trump angesprochen gefühlt hat, das war die Gruppe derer, die eigentlich rausgefallen war aus dem politischen Zyklus, die das Gefühl hatten, mich hört sowieso keiner mehr, die Eliten in Washington, die Eliten in der Hauptstadt meines Bundesstaates, die machen ihr eigenes Ding. Und auf einmal hatten sie einen Fürsprecher. Und das hat fast schon gereicht, jedenfalls 2016. Und es hat vor allen Dingen genug gereicht, dass dann am 06. Januar in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten, im Herz der Demokratie, ein gewalttätiger Aufruhr stattfand, dass sie dafür da waren, mit Waffengewalt ihr Verständnis von Demokratie zu verteidigen.

Balzer: Ich glaube, der 06. Januar 2021 hat viele erschrocken, nicht nur in den USA, sondern auch global -zu sehen , wie verwundbar demokratische Institutionen in den

USA sind. Viele fragen sich – und das tun wir auch im Interview der Woche im Deutschlandfunk mit Cathryn Clüver Ashbrook, der Politikwissenschaftlerin – viele fragen sich, wie groß die Gefahren für die Demokratie auch in der Zukunft sind und für die Rechtsstaatlichkeit und für all das, wofür dieses Land ja auch steht, aber auch vorbildhaft für zumindest den Westteil Deutschlands immer wieder stand und auch immer noch jetzt steht eigentlich, wie groß diese Gefahren eigentlich sind, wenn diese zentrifugalen Kräfte an dieser Gesellschaft immer weiter zerren und auch immer stärker werden. Und nicht nur das, was Sie erwähnt haben, angefangen von der Bildungspolitik über bestimmte sozialkulturelle Schichten, die sich nicht gehört fühlten, dann von Trump angesprochen wurden. Jetzt geht es ja eigentlich noch zum Teil in das Privatleben von Menschen hinein, in persönliche Entscheidungen, wenn es um reproduktive Selbstbestimmung geht, wenn es um geschlechtliche Identität geht, um Familienmodelle, dass da diese Kulturkämpfe sozusagen in den privatesten Bereich der Gesellschaft hineingetragen werden, also da, wo der Staat vielleicht nach einem liberalen Verständnis nichts mehr zu suchen haben sollte, sogar dort. Was bedeutet das für die Zukunft der amerikanischen Demokratie, wenn diese Kämpfe so tief gehen?

Clüver Ashbrook: Also, dass Fragen der individuellen Freiheit eine Dimension erreicht haben, dass sie einen juristischen Schutz gesucht haben, dass sie flächendeckend legitimiert werden mussten, das ist vielleicht die erste Bewegung. Und vielleicht fängt man sogar mit Roe vs. Wade in den 70er Jahren an. Dass es für diese Bewegungen immer wieder in den USA starke gesellschaftliche Strömungen gegeben hat, aber Bewegungen, die sich eben orientieren noch mal an der Idee der individuellen Freiheit, des individuellen Glücks, der Idee, dass man sich selbst verwirklichen kann.

Balzer: Auch selbst entscheiden kann über den eigenen Körper.

Clüver Ashbrook: Absolut.

Balzer: Über die eigene geschlechtliche Identität.

Clüver Ashbrook: Genau. Und dass diese Dinge quintessenziell amerikanisch sind, das schwingt da auch mit. Diese Idee, so bin ich Amerikaner, indem ich meine individuellen Rechte ... nicht natürlich um die Rechte des nächsten einzuschränken, aber um dort dann ein Zusammenleben und eine neue Art des Zusammenlebens zu finden, das ist die Idee der amerikanischen Demokratie, die weitergeht, die sich entwickelt. Wer oder was oder nach welcher Idee soll Amerika weiter geformt sein? Welche Rolle spielt eigentlich der Staat im individuellen Leben? Wie viel Freiheit, wie viel Individualität hält ein kollektiver Apparat aus? Das sind so die grundsätzlichen Fragen, die dahinterstehen. Die Republikaner, die jetzt quasi von der MAGA-Bewegung

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

okkupiert worden sind, deren Antwort darauf ist, dass das, was nach vorne gedreht sein soll, hauptsächlich eine auch weiterdefinierte christliche, weiße, konservative, familienorientierte ...

Balzer: Vielleicht die grundsätzliche Frage insgesamt, ich sage mal, das ganze System von Checks and Balances, das System dieser beiden prägenden Parteien, Republikaner und Demokraten, was sich ja im Grunde genommen von der Struktur her seit Gründung der USA nicht groß geändert hat, welche Herausforderungen kommen auf dieses Land zu? Also all das, was wir gerade besprochen haben, diese extremen Kräfte, die an der Gesellschaft zerren und ziehen und die beiden Parteien, die letztlich immer noch genauso von der politischen Struktur her das Land unter sich aufteilen, welche Reformen braucht dieses Land? Was muss sich ändern, damit sich dieses moderne Amerika wirklich auch im politischen System widerspiegelt?

Clüver Ashbrook: Das Land in der Mitte wieder starkzumachen, also die Umverteilungen hinzubekommen, die Macht der 1 Prozent einzuschränken, sodass diese Gefälle nicht diese Auswirkungen haben wie wir sie beschrieben haben, wirtschaftlich nicht, sozial nicht. Das sind übrigens Überbleibsel, die irgendwo anti-amerikanisch sind, aber aus den Konsequenzen der Finanzkrise 2008 kommen. Wenn also jetzt 80 Prozent der Amerikaner sagen, sie können den amerikanischen Traum für ihre Kinder nicht mehr realisieren, nämlich dass es den Kindern einmal besser geht, dann hat das auch was damit zu tun, wie sich das amerikanische Finanzsystem verändert hat, wie sich die Möglichkeit verändert hat, Geld zu leihen, Geld aufzunehmen, Geld umzulagern. All diese Dinge, die zum Teil eben auch persönliche Freiheiten erlaubt haben, die sind nach 2008 in dem Sinne nicht mehr für Individuellamerikaner real geworden.

Balzer: Nach der Finanzkrise.

Clüver Ashbrook: Genau, nach der Finanzkrise. Und diese Dinge kommen dann eben zusammen in dieser Art politischen Hexenkessel, den wir jetzt haben, aber wieder die Kapazität einer Mittelschicht quasi freizusetzen und umgekehrt das Gefälle nach oben zu verkleinern. Und das sind strukturelle Prozesse, die natürlich im Land passieren müssen. Bidens Idee war, das über ein Infrastrukturprogramm zu tun, das über Investitionen in neue Energien zu tun, über Klimapolitik, aber eben auch ganz grundsätzlich Small Business usw., usf. zu retten. Institutionell geht es erst mal darum, die Institutionen, die existieren, leistungsfähiger zu machen. Wir haben einen Obersten Gerichtshof gesehen, der jetzt besetzt ist, wie er besetzt ist. Das ist völlig im Rahmen des Möglichen, dass wir eine konservative Mehrheit im obersten Gericht haben. Aber wir haben über die letzten paar Monate und Jahre auch gesehen wie

stark diese Richter ideologisiert worden sind. Und ich meine jetzt nicht die Neubesetzungen von Trump, sondern die schon existierten. Wir haben Korruptionsskandale gesehen im obersten Gerichtshof, sodass auch das Vertrauen in den obersten Gerichtshof zusammengeschrumpft ist auf 17 Prozent, also als Institution, die Recht und Gerechtigkeit walten lassen muss. Das empfinden viele Amerikaner nicht mehr so. Es gibt Dysfunktionalitäten im Kongress und im Senat und im Verhalten zwischen Kongress und Senat. Das hat etwas mit den ganz knappen Mehrheiten zu tun. Das hat aber eben auch was damit zu tun wie, ja, wirklich Wahldistrikte zugeschnitten sind. Wer hat eigentlich eine Chance in diese Kammern zu kommen in einem Zweiparteisystem? Und natürlich auch ganz grundsätzlich – und das sind eben die Punkte, an denen die jetzige republikanische Partei, wie sie sich immer eben hinter Trump gestellt hat, wie sind eigentlich auch die juristischen Systeme auf der Bundesebene gelagert. Also da geht es um die politische Besetzung und die Wahl von Richtern – das kennen wir ja in unserem System gar nicht – wie das politisiert worden ist. Und kann man ganz generell eine Gewaltenteilung per se aufrechterhalten? Die Idee von Donald Trump ist es zum Beispiel, dass das Justizministerium, was in der Geschichte Amerikas – und wir schauen uns den Fall Nixon an und anderswo – immer unabhängig war und immer unantastbar galt, also neben dem obersten Gerichtshof. Und die Idee der Trump-Republikaner ist, das der Exekutivgewalt zu unterwerfen, alle quasi Expertenagenturen auch der Exekutivgewalt zu unterwerfen oder sie auseinanderzunehmen. Also es sind ja die ganzen Expertengremien, die zum Beispiel Umweltstandards entscheiden und solche Dinge, also fundamentale Sachen. Und dann den ganzen Beamtenschutz auszusetzen, sodass in den administrativen Staat – alle Ministerien, die uns hier in Berlin umgeben, dass die ideologisiert werden können, also mit ideologisch geprägten Menschen vollgespült werden kann und sich so dann eine populistische Politik à la Trump durchgesetzt werden kann. Und das darf in meinem Verständnis der Integrität eines Rechtsstaates nicht passieren, denn das Vorbild dafür sind die Handlungen von Viktor Orbán. Viktor Orbáns Ungarn wird als höchste Form der Staatskunst beschrieben in vielen dieser strategischen Dokumente. Und welche Konsequenzen das hat, das sehen wir in Polen, wo eine Donald-Tusk-Regierung versucht, die Rechtsstaatlichkeit wieder zurückzuholen und merkt, in einer Wahlperiode ist das vielleicht nicht zu leisten. Denn sobald am System umgebaut wird - Slowakei, Ungarn, Polen - ist es sehr schwierig, das in einer Demokratie, in einem demokratischen System wiederherzustellen. Und ich glaube, da geht eben die größte Gefahr aus.

Balzer: Dennoch sehen wir ja auch, dass mit zwei neuen Namen an der Spitze der Demokraten, also dem Team Harris und Walz, offenbar die Trump-Kampagne ziemlich verunsichert worden ist und die Demokraten – und da blicken wir am Ende unseres Gespräches mal ein bisschen voraus auf den 05. November, ein bisschen ist ja

noch hin – da offenbar wirklich so ein Momentum gefunden haben in diesem Wahlkampf, der ja mit Biden damals schon fast als verloren galt, also so wirkte es jedenfalls von der allgemeinen politischen Debatte her. Es ist bemerkenswert, dass diese MAGA-Bewegung, die Sie ja als sehr stark beschrieben haben, die seit Jahren konsequent offenbar auch auf lokaler Ebene bestimmte Dinge vorantreibt, so leicht zu verunsichern ist. Wie ist das zu erklären?

Clüver Ashbrook: Wir haben uns nach 2016 immer gefragt: Geht Trumpismus auch ohne Trump? So vieles davon ist zugeschnitten auf diesen Mann, Donald Trump, der die Institutionen und den Rechtsstaat dafür gebrauchen möchte, sich und seine Familie zu schützen. Es reiht sich ein in verschiedene Bewegungen in der konservativen Partei, über die Tea Party und den Freedom Caucus im Kongress. Das sind alles Wachstumsbewegungen, aber es sind eben „nur“ – in Anführungszeichen – Bewegungen. Also das heißt, dieser Kampf zwischen der traditionellen republikanischen Partei und der MAGA-Bewegung ist eben in dem Sinne noch nicht ausgefochten. Und das heißt, wenn dann dieses dunkle Bild – was übrigens viele Republikaner nie tragen wollen würden. Auch, wenn Sie Mitch McConnell fragen würden oder wenn sie John McCain gefragt hätten, was ist seine Vision von Amerika, dann wäre da nicht das amerikanische Gemetzel herausgekommen. Und dann wäre da nicht herausgekommen, dass Donald Trump der Racheengel ist. „I am your retribution“, hat er in einer der vielbeachteten Wahlkampfreden gesagt. Das ist nicht die Vision und die Vision Amerikas, die viele ganz traditionelle Republikaner haben. Und da merkt man eben doch, es brodelt noch in der republikanischen Partei. Und dass sie dann inhaltlich wenig Antworten finden auf ein Momentum, was jetzt in der demokratischen Partei und vor allen Dingen eben auch in der Grassroots-Bewegung, also wirklich im Land ... das hat mich vielleicht auch am meisten überrascht, dieser erste Anruf „Women for Kamala“, das hat Zoom gesprengt. 200.000 Frauen, weiße Frauen vor allen Dingen, „White Women for Kamala“, die sich engagieren wollten in diesem Wahlkampf, dass eine Botschaft der – und das sagt Tim Walz, der Vizepräsident, jetzt immer wieder. Er nimmt es genauso in den Mund. Er sagt ...

Balzer: Noch nicht Vizepräsident, aber Kandidat.

Clüver Ashbrook: Oh, der Vizepräsidentenskandidat, Entschuldigung, in der Tat.

Balzer: War das schon die Prognose?

Clüver Ashbrook: Nein. Dafür sind die Zahlen zu knapp. Aber der Punkt ist, dass er sagt, dass jetzt das Erste, was er zu Kamala Harris gesagt hat, er hat gesagt: „Danke, dass Sie die Freude zurückgebracht haben.“ Also eine ganz andere Vision von Amerika, dass jetzt ein Ruck durch diese Partei geht. Bevor quasi richtige hapti-

sche Botschaften aus diesem Team herauskommen, kommt erst mal eine Vision eines Amerikas, was divers ist, was nicht nur jung sein muss. Tim Walz ist 60, wird gerade zum Vater der Nation, aber er hat umgekehrt progressive oder zentristische Politik vorangebracht im Konsensmodell. Wir dachten, das geht gar nicht mehr in Amerika. Und jetzt lernen alle, wie er das in Minnesota gemacht hat. Und vor allen Dingen bringen sie diese positive Vision und vor allen Dingen irgendwie die Freude wieder in diesen Wahlkampf, in die Spannung auch zwischen den beiden Lagern. Und das irritiert das republikanische Lager, was sich eben auf diese dunkle Vision der Apokalypse schon festgelegt hatte, um dem Wähler zu verkaufen, nur sie wären die Rettung aus dieser dunklen Vision herauszukommen, aber dann eben nicht eine positive Vision quasi an den Tag gelegt haben. Und das brauchen Amerikaner aus ihrem eigenen Verständnis für sich selbst, in ihrem eigenen Verständnis ihres Landes. Das Land per se ist eigentlich ein grundoptimistisches. So stehen sich quasi jetzt dunkle und helle Visionen Amerikas gegenüber.

Balzer: Wir sind gespannt, welche Vision dann am Ende auch gewählt wird und dann den Präsidenten oder die Präsidentin stellen wird. Cathryn Clüver-Ashbrook, deutschamerikanische Politologin hier im Interview der Woche im Deutschlandfunk mit Vladimir Balzer. Ich danke Ihnen sehr.

Clüver Ashbrook: Sehr, sehr gerne. Das war ein schönes Gespräch, danke schön.